Saskatchewan Legislatur.

Spezial-Bericht.
J. H.

Legislatur-Bericht.

Dienstag, 26. Mai.

Das Haus verbrachte fast den ganzen Tag mit Komite-Beratungen, am Vormittag über die Munizipal-Vorlagen und am Nachmittag über die Voranschläge.

Dr. Elliott (kons.) legte eine Petition von Rev. J. Lewis und 115 anderen Personen vor, in der um gewisse Veränderungen des Liquor License Act nachgesucht wird.

Einige kleinere Vorlagen erhielten ihre dritte Lesung und wurden damit angenommen. Unter diesen befindet sich die Public Works Bill.

Hon. Motherwell beantragte die zweite Lesung der Vorlage zum Schutz bedürftiger und vernachlässigter Kinder. Er sagte unter anderm, es beständen jetzt keinerlei Vorschriften für Fälle, wo Kinder aus der Umgebung ihrer Eltern entfernt werden müssen. Solche Fälle kämen vor und es müsse notwendig etwas in dieser Richtung aus humanitären Gründen getan werden. Die Bill enthalte Vorschriften über die Organisation von Vereinigungen zwecks Schutzes vernachlässigter Kinder und sehe die Ernennung eines Superintendenten vernachlässigter Kinder vor. Jeder Polizeibeamte oder Konstabler könne ohne Haftbefehl ein Kind verhaften und vor den Richter bringen, das vernachlässigt werde oder in verbrecherischer Umgebung aufwachse. Auf eine Anfrage Haultains antwortete Motherwell, daß die Bill keine Regierungs-Beihilfe vorsehe.

Haultain meinte darauf, daß Zweck und Absicht der Bill gut seien, daß dieselbe aber nicht weit genug gehe. Die Regierung gleiche dem Priester und Leviten im Evangelium, indem sie die Hilfe freiwilliger Verbindungen überlasse. Die Zeit, wo man einzuspringen habe, um das Heranbilden von Verbrechern zu verhüten, sei fraglos die Kinderzeit. Ein Kind wachse eben, wie es erzogen werde und bilde sich durch seine Umgebung. Es fehle uns das allernotwendigste, nämlich ein Institut zur Verhütung von Verbrechen. Wir brauchten auf jeden Fall sog. Besserungsanstalten und er möchte die Regierung aufs dringendste ersuchen, die Errichtung solcher in die Hand zu nehmen.

Darauf erhielt die Vorlage ihre zweite Lesung. Nach derselben trat das Haus in die Komite-Beratungen der Town- und City-Bills ein.

Am Nachmittag fuhr man in der Beratung der Voranschläge und Bewilligungen fort.

Hon. Motherwell erklärte, daß das bakteriologische Department der Provinz das Sumpffieber studiert und auch den die Krankheit erregenden Bacillus gefunden habe. Jedoch habe man noch kein Antitorin zur effektiven Behandlung der Krankheit herstellen können. Man beabsichtige diesbezüglichen Arbeiten in diesem Jahre fortzusetzen.

Unter den Voranschlägen befindet sich auch ein Posten von 15,000 Dollars für Veröffentlichungen, Informationen und Statistiken des landwirtschaftlichen Departements. Dabei machte der Abg. Elliott (kons.) die etwas kindische Bemerkung, daß, da unsere Ländereien von Ottawa aus verwaltet würden, die Dominion-Regierung die für diesen Zweck gebrauchten Summen zu ersetzen habe.

Ueber den Posten „1500 Dollars für das Einwanderungswerk der Heilsarmee" erhob sich eine ziemlich lebhafte Debatte. Motherwell antwortete auf einige Anfragen Langley's, daß die Heilsarmee solche Einwanderer ins Land gebracht hätte und bringe, die zu den besten Ansiedlern zu zählen seien.

Sanderson (lib.) sagte, die Armee hätte eine Ansiedlung bei Kinistino gegründet, die in jeder Beziehung floriere. Damit sei aber noch lange nicht gesagt, daß man der Armee eine Summe von 1500 Dollars bewilligen solle. Motherwell meinte darauf, daß die Armee den Farmern des Landes viele gute Arbeiter beschaffe.

Der Premierminister führte in Verteidigung der Bewilligung aus, daß die Armee die vollendetste Organisation für Auswanderung in der Welt habe. Auch die Provinzen Manitoba, Alberta und Ontario hätten ähnliche Bewilligungen gemacht. Die Armee hätte sich bereit erklärt, eine Liste der von ihr in die Provinz gebrachten Ansiedler vorzulegen. Wenn diese Liste noch nicht vorgelegt sei, so brauche man nur die Aufmerksamkeit der Armee darauf zu lenken, dann würde diese sofort die Liste liefern.

Calder führte aus, daß keine Organisation in der Welt eine so sorgfältige Auswahl unter den Immigranten nach hier treffe. Britisch Columbien strecke 50 Dollars für jeden von der Armee nach dort gebrachten Einwanderer vor, die später von der Armee zurückzuzahlen seien. Letztes Jahr seien wolle tausend Armee-Einwanderer nach B. C. gekommen. Die Armee „lieferte" letztes Jahr von 800 bis 900 Farmarbeiter in der Provinz Saskatchewan. Sie würden dies Jahr wohl noch mehr bringen und ersuchten darum um eine Bewilligung. Die Ausgaben der Provinz für Ansiedler hätten letztes Jahr kaum einen Dollar pro Kopf betragen. Die Armee suche sich ihre Leute aus und brächte nur Leute mit gutem Charakter nach hier. Britisch Columbien, Manitoba, Ontario und New Brunswick gäben alle Bewilligungen und die Beamten der Armee hätten sich dahin erklärt, daß sie ein außerordentlich großes Feld der Tätigkeit hätten und wenn Saskatchewan ihre Unterstützung nicht wünsche, so würden sie einfach aus der Provinz verschwinden.

Auf eine Anfrage Elliotts (kons.) betr. der politischen Färbung der ernannten Unkraut-Inspektoren antwortete Motherwell, er kehre sich nicht weiter an die politischen Ansichten der Inspektoren und der Premier meinte, die Remuneration sei eine so geringe, daß man in seinem Distrikt große Schwierigkeiten gehabt hätte, Leute zu finden, die diese Arbeit für die geringe Bezahlung tun wollten.

Gillis (kons.) brachte einen recht guten Vorschlag ein, indem er meinte, die Inspektoren sollten nicht in demselben Distrikt angestellt werden, in dem sie wohnen. Es sei besser, Auswärtige zu ernennen, da diese unabhängiger seien.

Dr. Neely pries die Arbeit der beiden Inspektoren im Humboldtdistrikt.

Motherwell machte die Mitteilung, daß sie dies Jahr 10 Ueberführungen wegen Uebertretung der Vorschriften der Inspektoren gehabt hätte und daß die Schuldigen bestraft worden seien.

Langley (lib.) meinte, die beste Arbeit, die das Departement in Verbindung mit der Bekämpfung des Unkraut verrichtet habe, sei erzieherischer Natur. Er verwies dabei auf ein an die Unkraut-Inspektoren und Schullehrer verteiltes Bulletin, das eine vorzüglich illustrierte Beschreibung aller Unkräuter enthalte.

Motherwell teilte dann noch mit, daß 65 Inspektoren in der Provinz angestellt seien, die zusammen 2,220 Tage engagiert gewesen seien, also durchschnittlich jeder 35 Tage.

Betreffs Wildschutzes sagte Hon. Motherwell, daß die Wildhüter nicht für einen besonderen Distrikt angestellt seien, sondern allenthalben hingesandt würden, wo man vermute, daß Uebertretungen des Wildgesetzes vorkommen könnten. Die Wildhüter (Game Guardians) brauchten ihre ganze Zeit zur Erledigung ihrer Arbeiten. Die Reisespesen seien bis jetzt auf Quittungen hin vom Departement bezahlt worden. Man habe aber, da diese Reisekosten so sehr verschieden gewesen seien, kürzlich ein neues Uebereinkommen getroffen, wonach den Wildhütern 300 Dollars für den Gebrauch ihres eigenen Gespanns gezahlt würden. Auf diese Weise würden sie billiger wegkommen.

Haultain kritisierte das Wildschutzsystem heftig und sagte, vier Mann könnten diese Arbeit nicht tun. Das zu behaupten, sei eine Farce. Wenn man einen Mann für jede 4 Townships anstellen würde, könne man bessere Resultate erwarten. So sei die ganze Sache eine Geldverschwendung.

Hon. Motherwell entgegnete, daß das System entschieden nicht vollkommen sei. Aber die großen Ausgaben würden es nicht zulassen, soviel Wildhüter anzustellen, wie Haultain meine. Es sei aber doch gewiß besser, etwas, als nichts zu tun.

Langley meinte darauf, ein Teil der Bevölkerung sei für Wildschutz und die Beamten, wenn auch nur wenige, repräsentierten die Regierungsgewalt sowie die Leute, die für Wildschutz seien. Was den Teil der Bevölkerung anbetreffe, der gegen Wildschutz sei, so übten die Wildhüter einen heilsamen Einfluß auf diese.

Verschiedene Abgeordnete sprachen dann noch für und gegen das eingeführte System, aber es kam weiter nicht viel Erwähnenswertes zu Tage und die betreffenden Voranschläge passierten.

Mittwoch, 27. Mai.

Der Abg. Langley (lib.) legte eine Petition vor, unterzeichnet von E. N. Hopkins und anderen, in welcher um die Inkorporation der Grain Growers Association (Getreidebauer-Genossenschaft) of Saskatchewan nachgesucht wird.

Das Komite für Privat-Bills brachte einen ungünstigen Bericht ein über die Bill, die W. A. Tessier zu einem Arzt und Chirurgen, der in Saskatchewan praktizieren kann, ernennt.

Haultain lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf einige von ihm eingeforderte Berichte, die versprochen, aber noch nicht vorgelegt worden seien. Es erhob sich darauf eine etwas erregte Diskussion über eine Technikalität, in welcher Haultain verschiedene Male zur Ordnung gerufen wurde.

Am Nachmittag trat das Haus sofort als Ganzer-Komite in die Beratung der Wahlvorlage ein.

Eine längere Debatte fand statt über Klausel 11, die wie folgt lautet:

„Folgende Personen dürfen nicht als Wähler registriert werden, noch ihre Stimmen abgeben: 1. Die Richter des Ober- und Distrikt-Gerichts; 2. Chinesen, 3. Indianer."

Der Attorney General sagte, daß der Begriff Chinesen alle in Canada lebenden Mitglieder der mongolischen Rasse umfasse.

Haultain brach tapfer eine Lanze für die gelben Söhne Asiens und meinte, diese Bestimmung sei unkonstitutionell insofern sie Bezug habe auf Chinesen, die britische Untertanen geworden seien.

Der Attorney General wies zur Rechtfertigung der Bestimmung hin auf britische Untertanen, die in Canada noch nicht naturalisiert seien und hier erst 12 Monate wohnen müßten, ehe sie stimmen könnten, desgleichen auf die Richter, die kein Stimmrecht hätten.

Brown (kons.) wollte die Gründe wissen, warum die Chinesen nicht stimmen dürften. Er meinte, die Chinesen seien ebenso intelligent als gewisse andere Klassen unserer Bevölkerung.

Der Premierminister sagte, daß [illegible] hundert in politischen Dingen sein Stimmrecht gebrauchen würde. Das sei seine Erfahrung und wie ihm mitgeteilt sei, auch die Erfahrung der Provinz Britisch Columbien. Es möchte das auch der Fall sein mit anderen Bewohnern der Provinz. Aber man könne das nur von einzelnen Individuen, nicht von einer anderen Bevölkerungsklasse, wie von den Chinesen, sagen.

Haultain meinte, die logische Folgerung sei, daß man dann eine Art Aufsichtsbehörde ernennen müsse, die ausfindig zu machen hätte, wer genug Intelligenz und Interesse an der Politik habe, um stimmberechtigt zu sein. Er sei davon überzeugt, daß Gemeinwesen in der Provinz vorhanden seien, wo ebenso wenig Intelligenz und Interesse an öffentlichen Fragen vorhanden seien, als bei den Chinesen.

Der Premier erwiderte, daß das alles korrekt sein möge, aber es ließe sich nicht so leicht ausfinden, wer zu diesen Leuten gehöre. Von den Chinesen wisse man, daß sie als Klasse kein Interesse an den öffentlichen Fragen zeigten und darum hätte man sie legischerweise disqualifiziert.

Die Bill bestimmt unter anderem, daß die Wahlen in Zukunft nicht mehr mit einfachen Stimmzetteln, die mit einem farbigen Bleistift markiert werden, abzuhalten sind, sondern daß gedruckte Stimmformulare gebraucht werden sollen wie bei den Dominion-Wahlen.

Eine durchgreifende Neuerung ist die, daß sich die Wähler in Zukunft persönlich vor der Wahl registrieren lassen müssen. Praktisch heißt das so viel, als daß ein Wähler vor der Wahl sein Recht beweisen muß, daß er stimmen darf, und nicht erst nach der Wahl, wodurch allerlei Verzettelungen und Unannehmlichkeiten entstehen.

Die Zusammenstellung der Stimmlisten ist von besonders zu ernennenden Registratoren und Hilfs-Registratoren vorzunehmen. Diese Liste müsse dann von den Distrikts-Richtern revidiert werden. Die erste Liste ist am oder vor dem ersten Juli dieses Jahres anzufertigen und später stets am oder vor dem 1. Mai jedes Jahres. Alle, die in die Wählerlisten eingetragen zu werden wünschen, müssen britische Untertanen sein, 12 Monate in Saskatchewan vor der Registrierung gewohnt haben sowie 3 Monate in dem Wahlkreis, in welchem sie wählen wollen.

In Städten können in jeder Polling Sub-Division die Registrationen vorgenommen werden und zwar sind dafür von 10 bis 15 Tage bestimmt. Auf dem Lande wird ähnlich verfahren wie bei einer Census-Zusammenstellung. Die Listen werden dann 15 Tage lang an öffentlichen Plätzen angeschlagen. Wenn Namen gestrichen oder hinzugefügt werden sollen, so wird eine Revisions-Gerichtssitzung unter Vorsitz des Distriktsrichters abgehalten. Das Urteil des Richters ist endgiltig.

Es sind sehr scharfe Bestimmungen zur Verhütung von Wahlschwindeleien getroffen und schwere Strafen festgesetzt.

Das Komite, das ernannt ist, Vorschläge zur Neueinteilung der Wahlkreise vorzulegen, unterbreitete in der Abendsitzung die von den liberalen und den konservativen Mitgliedern des Komites angefertigten Karten. Die der liberalen Mitglieder sieht 39 und die der konservativen 40 Wahlkreise vor. Diese beiden Karten sollen als Grundlage der weiteren Beratungen dienen. Die Karten weichen erheblich von einander ab, wie ja auch zu erwarten war.

Wir geben hiermit Namen und Einwohnerzahl der von der Regierung sowie der Opposition vorgeschlagenen Wahlkreise.

Liste nach der Regierungskarte:

Name	Bevölkerung
1. Souris	8,058
2. Cannington	8,987
3. Moose Mountain	7,137
4. Moosomin	7,962
5. Broadview	8,375
6. Pheasant Hills	7,091
7. North Qu'Appelle	6,693
8. South Qu'Appelle	8,293
9. Regina County (oder Lumsden)	8,082
10. Last Mountain (oder Sträßburg)	7,113
11. Estevan	7,347
12. Wenburn	6,952
13. Francis	6,867
14. Milestone	7,981
15. Moose Jaw County	7,764
16. Arm River (Craik und Davidson)	5,823
17. Hanley	6,232
18. Maple Creek	8,163
19. Saltcoats	8,306
20. Yorkton	7,753
21. Touchwood	4,862
22. Fort Pelly	8,792
23. Canora	5,343
24. Wadena	5,041
25. Humboldt	5,396
26. Wonda (oder Batoche)	6,516
27. Prince Albert County	6,358
28. Rosthern	7,041
29. Kinistino	7,891
30. Saskatoon County	8,150
31. Redberry	5,233
32. North Battleford	4,276
33. Lloydminster	3,381
34. Battleford	6,744
Städte	
35. Moose Jaw	6,249
36. Regina	6,169
37. Saskatoon	3,011
38. Prince Albert	3,005
39. Nördlicher Wahlkreis	3,236
	257,673

Liste nach der Oppositionskarte:

Name	Bevölkerung
Souris	8,916
Estevan	6,738
Arcola	5,595
Carlyle	6,137
Moosomin	7,901
Whitewood	6,235
Grenfell	7,718
Wolseley	6,456
Saltcoats	8,513
Yorkton	7,936
Sheho	6,812
Pelly	9,077
Lipton	7,287
Last Mountain	7,259
Lumsden	7,235
Qu'Appelle	7,154
Francis	6,891
Wenburn	7,236
Milestone	7,456
Willow Bunch	2,788
Caroll	5,843
Davidson	6,362
Swift Current	3,522
Maple Creek	3,695
Hanley	6,315
Rutana	8,291
South Battleford	4,658
North Battleford	5,385
Redberry	4,567
Rosthern	8,959
Prince Albert County	3,625
Batoche	7,725
Humboldt	6,037
Kinistino	5,038
Erwood	4,439
Städte	
Moose Jaw	6,249
Regina	6,169
Saskatoon	3,011
Prince Albert	3,005
Nördlicher Wahlkreis	3,236

Donnerstag, 28. Mai.

In der Vormittagssitzung wurden einige kleinere Bills erledigt.

Haultain beantragte die zweite Lesung der Bill zur Amendierung der Legal Profession Act. Das Amendement besteht aus nur zwei Klauseln. Eine derselben läßt Advokaten und Anwälte, die in anderen Ländern praktizieren dürfen, zur juristischen Praxis in der Provinz Saskatchewan zu. Die andere widerruft eine Klausel des bestehenden Gesetzes, die es den Anwälten der Provinz verbietet, von auswärtigen Anwälten Arbeiten auf Kommissions-Bedingungen zu übernehmen. Haultain sagte, er sei persönlich zugunsten der Klausel des Gesetzes, da sie aber nicht eingehalten werde und undurchführbar sei, sei es besser, man widerrufe sie.

Der Attorney General sagte, er sei mit dem Widerruf der Klausel einverstanden. Die Bestimmung werde einfach nicht ausgeführt und wo sie ausgeführt werde, sei es zum Schaden derer, die dem Gesetz gehorchen.

Darauf erhob sich Langley ganz erregt und sagte, es sei überaus traurig, daß Leute, die ein Gesetz gemacht hätten, es selbst nicht ausführten und dann das Gesetz einfach wieder nullifizieren, um sich den Rücken zu decken. Das seien schöne Gesetzgeber, schöne Advokaten, auf die man sich verlassen könne. Anstatt die Klausel zu widerrufen, solle man eine schwere Geldstrafe für die Uebertretung der Vorschrift festsetzen. Es sei eine Schande, daß Haultain ein Amendement zugunsten der Gesetzesübertreter einbringe, während er selbst erklärt habe, er sei im Grunde des Herzens gegen das Amendement. Und das schönste sei, daß der Attorney General ihm noch beistimme. Man müsse auf diese Weise ja die Achtung vor dem Advokatenstand mehr und mehr verlieren.

Der Premier erklärte sich im Großen und Ganzen mit den Ausführungen Langleys einverstanden. Es sei gefährlich, ein solches Amendement einzubringen und es so zu begründen wie geschehen sei. Das sei unter Umständen ein böser Präzedenzfall für solche, die einem Gesetz nicht gehorchen wollen. Man brauche z. B. nur an das Ergänzungs-Einkommengesetz zu denken. Es seien viele vorhanden, die nicht mit dem Gesetz einverstanden seien. Solche könnten dann auf diesen Fall hinweisen und eine Annullierung des Gesetzes verlangen. Es mache einen sehr schlechten Eindruck bei dem Volk, daß Leute, die dem juristischen Beruf angehören, in der Weise vorgehen, daß sie ein ihnen unbequemes Gesetz einfach aus der Welt schaffen.

Die Bill passierte darauf die zweite Lesung.

Langley schlug darauf die zweite Lesung der Vorlage betreffs des tierärztlichen Standes vor. Er wies unter anderem darauf hin, daß eine Klausel eingefügt werden könnte, die es dem Farmer erlaubt, sein Vieh gegen Krankheiten immun zu machen.

Sowohl Hon. Motherwell wie auch Haultain sprachen sich zugunsten der Bill aus, deren Hauptzweck es ist, wirklich kompetente Tierärzte in der Provinz heranzubilden.

Die Bill erhielt ihre zweite Lesung.

Auf Antrag Turgeons wurde ein Amendement zum Land Titles Gesetz zum zweiten Mal gelesen. Dieses Amendement vereinfacht und verbilligt die Aufnahme von Hypotheken (Mortgages).

Am Nachmittag fuhr das Haus in der Komite-Beratung über die Munizipal-Bills fort.

Die Klausel, welche einer Stadt das Recht giebt, Gelder aufzunehmen, um Feuerungsmaterial zur Abwehr einer wahrscheinlich eintretenden Kohlennot aufzukaufen, rief etwas Meinungsverschiedenheit hervor, passierte aber schließlich.

In der Abendsitzung berief das Haus als Ganzer-Komite die neue Wahlvorlage.

Hon. Turgeon erklärte auf eine diesbezügliche Anfrage, daß die Dominion-Wahlverordnung jetzt besondere Bestimmungen für Dominion-Wahlen in Saskatchewan und Alberta enthalte. Er wisse nicht, ob diese Bestimmungen nach Aufstellung der Provinzial-Wahllisten in Saskatchewan abgeändert werden würden.

Es wurden unter anderem genauere Bestimmungen über die Revision der Wählerlisten, die jedes Jahr stattfinden soll, getroffen. Wähler, die auf der Liste stehen, brauchen sich nicht jedes Jahr neu registrieren zu lassen.

Der Premier brachte dann noch einige Berichte und Statements ein, hauptsächlich über Brückenbau-Arbeiten.

Freitag, 29. Mai.

Das Haus tagte in Morgen, Nachmittags- und Abendsitzungen, um so schnell wie möglich die Arbeiten zu erledigen.

Auf Antrag des Premierministers wurde beschlossen, auch am nächsten Sonnabend zu sitzen, denn jedes Mitglied des Hauses sehne sich danach, die Session möglichst bald zu Ende zu bringen.

Fast die ganze Vormittags-Sitzung wurde mit einer Diskussion verbracht, ob ein gewisser W. O. Tessier, der bereits 17 Jahre in Minnesota als Arzt praktizierte, aber keinen regelrechten 4jährigen Kursus an einer Universität oder einem medizinischen College durchgemacht hat, als Mitglied des College of Physicians and Surgeons of Saskatchewan zugelassen werden soll.

Sutherland (lib.) schlug ein Amendement zu der betreffenden Bill vor, dahinlautend, daß Tessier zum Examen zugelassen werde und Mitglied der ärztlichen Körperschaft werde, wenn er das Examen besteht.

Brown erklärte sich im allgemeinen gegen die Bill, denn die Qualifikations-Zeugnisse, die Tessier vorgebracht habe, seien absolut unzureichend. Er besitze nur einen Erlaubnisschein, der ihn berechtige, in Minnesota zu praktizieren. Auf jeden Fall aber müsse er erst ein Examen bestehen.

Dr. Neely (lib.) meinte, man solle ihn vor die Lizens-Behörde der Aerztlichen Gesellschaft laden und wenn diese ihm ein Qualifikations-Zeugnis ausstelle, so sollte es genügen. Er hätte 17 Jahre in Minnesota praktiziert, das wisse man bestimmt, über seinen Studiengang habe man keine genauen Auswise. Die Leute in dem Distrikt, der weit von allen Verbindungen liege und von armen Ansiedlern bewohnt sei, hätten um Zulassung Tessiers zur ärztlichen Praxis petitioniert und es werde sich wohl sonst so leicht kein qualifizierter Arzt finden, dort hinzugehen und ein kümmerliches Leben zu machen versuchen. Die Verwaltungsbehörde des College of Physicians and Surgeons sei gewillt, den Applikanten zu examinieren. Er sei gegen ein Amendement zum General Medical Act, aber er glaube, es lägen genug Gründe vor, hier einen Ausnahmefall eintreten zu lassen.

Dr. Ellis (kons.) sprach sich scharf gegen die Zulassung aus. Es scheine sich ihm hier nicht um eine ärztliche, sondern um eine politische Qualifikation zu handeln.

Sutherland sagte, es seien verschiedene Male Aerzte in den Distrikt gegangen, aber keiner sei dort geblieben. Ein Arzt siedelte sich 20 Meilen von dem Platze entfernt an, wo Tessier wohnte, aber er hätte die Gegend nach einem Jahr verlassen, weil er seine Rechnungen nicht einkollektieren konnte. Drei Aerzte von Saskatoon hätten bezeugt, daß Tessier in ihren Augen befähigt sei, zu praktizieren. Er glaube, es sei nicht mehr als gerecht und billig, Tessier zum Examen zuzulassen.

Der Premier erklärte sich auch zugunsten des Amendements. Es sei so gut wie unmöglich, einen Arzt zu bewegen, in den Distrikt zu gehen. Viele Leute hätten 100 Meilen zu dem nächsten Arzt. Da wäre es doch besser, einen Mann mit 17jähriger ärztlicher Erfahrung in der Nähe zu haben, als überhaupt keinen Arzt. Was die Qualifikation anbetreffe, so würde diese Frage ja durch das vorzunehmende Examen erledigt werden.

Dr. Elliott sprach gegen das Amendement, das schließlich von dem Komite angenommen wurde.

Die Nachmittagssitzung wurde mit Komite-Beratungen über die Wahlvorlage verbracht, desgleichen die Abendsitzung.

Die Sitzung schloß um 11 Uhr Abends.

Sonnabend, 30. Mai.

Die Sitzungen wurden sowohl am Vormittag wie auch am Nachmittag und Abend hauptsächlich mit Komite-Arbeiten verbracht. Wenn die Sitzungen auch sehr ruhig verliefen, oder vielmehr gerade deswegen, wurde ein gut Stück Arbeit getan, und die neue, sehr umfangreiche Wahlvorlage hat die Komite-Beratungen so gut wie passiert. Einige Abschnitte werden noch einmal beraten werden müssen, sonst ist die Vorlage für die Lesung vor dem Hause fertig und die allgemeine Diskussion kann beginnen.

Mit diesem Gesetz hat die Regierung wieder ein mit Stück konstruktiver — aufbauender — Gesetzgebung geleistet und die hier und da in den konservativen Blättern auftauchenden Behauptungen, daß unsere Regierung keine konstruktive Arbeit von irgend welchem Wert geleistet habe und leiste, erweist sich immer mehr als eine grundlose Behauptung. Das Schulbücher-Gesetz, das Wahlgesetz, das Gesetz zur Besteuerung der Bahnen, die neuen Munizipalgesetze, die Telephongesetze — das alles sind nicht nur wichtige, außerordentlich bedeutungsvolle, sondern grundlegende und aufbauende Gesetze. Und sie sind alle nebst einer großen Menge kleinerer Verordnungen in dieser Session angenommen worden resp. werden sie noch angenommen werden. Wer da die Stirn hate zu behaupten, die Legislatur sei langsam oder hätte nicht das Zeug, konstruktive Maßnahmen zu erlassen, der hat entweder nicht die blasseste Ahnung von den geleisteten Arbeiten oder aber er ist ein bewußter Schwindelmeier. Beides ist ungefähr gleich verächtlich.

Besonders hat sich unser neue Attorney General Turgeon als ein außerordentlich tüchtiger Mann erwiesen und die Regierung kann sich gratulieren, einen solchen Minister bekommen zu haben.

Auf Antrag Sutherlands erhielt die Bill betreffs Zulassung Tessiers zur ärztlichen Profession in der Provinz Saskatchewan ihre dritte Lesung.

Vor Vertagung kündigte der Premierminister an, daß er vom Stadtrat und Board of Trade der Stadt Indian Head eine Einladung bekommen hätte, daß die Mitglieder des Hauses jener Stadt am 4. Juni einen Besuch abstatten möchten. Nach Vertagung sprachen sich ein ganz Teil der Abgeordneten gegen Annahme der Einladung aus und wurde deshalb ein Telegramm nach Indian Head gesandt des Inhalts, daß das Haus gezwungen sei, die Einladung dankend abzulehnen.

Die Vertagung erfolgte um 5 Uhr Nachmittags.

Flucht aus Sibirien.

Der schweizerische Sprachlehrer Gehri aus Morges (Morsee) im Kanton Waadt hält gegenwärtig in der Schweiz Vorträge über seine Erlebnisse in Rußland und Sibirien. Er war als Lehrer nach Shitomir gekommen und dort mit Kreisen, die den Behörden verdächtig erschienen, in Berührung geraten. Eines schönen Morgens saß er hinter den grauen Mauern des Gefängnisses von Shitomir; nach acht Monaten erst wurde ihm der Prozeß gemacht, der mit seiner Verurteilung zur Deportation nach Sibirien endigte. Am 3. August 1907 trat Gehri die lange Fahrt an, die ihn nach einem weltvergessenen, aus fünf Hütten bestehenden Dörfchen im Flußgebiete der Tschuna führen sollte. Im Eisenbahnzuge ging es zunächst nach Kiew; im dortigen Gefängnishof sah Gehri die Leute mit der Errichtung eines Galgens beschäftigt und erfuhr, daß neun seiner Gefährten am folgenden Morgen gehängt werden sollten. Ihn selber führte der Zug weiter nach Kursk; die Fahrt war schrecklich, da die Gefangenen weder aufstehen noch sich niederlegen durften, sondern zweimal 24 Stunden lang sitzend ausharren mußten. In Tulo wurde Gehri mit anderen Häftlingen, nachdem man allen, auch den Frauen, die Ketten angeschmiedet hatte, in einem Gefängnis untergebracht, das in Rußland als Musterbau gilt; die Verbannten fanden es aber von einer beispiellosen Menge von Wanzen bewohnt. Die Behandlung war bis dahin nicht schlimm gewesen, jetzt erhielt aber Gehris Kolonne als Leiter einen höchst brutalen Menschen, der bei Widersetzlichkeit den Schuldigen binden, zur Erde werfen und von den Soldaten mit Füßen treten ließ.

Unter diesen Eindrücken bestieg Gehri den Deportiertenzug, der die Verbannten in neuntägiger Fahrt nach Krasnojarsk bringen sollte. Hier wurde ein Dampfer bestiegen. In Jenisseisk nahm die Gefangenen ein Boot auf, das den Angorafluß aufwärts fuhr. Doch schon nach zwei Tagen hörte die Fahrt auf. Den Gefangenen wurden die Ketten abgenommen, da sie einen 11tägigen Marsch durch den Urwald anzutreten hatten. Es wird den Deportierten gestattet, Gepäck im Gewichte von 20 Pfund bei sich zu führen. Das bildet ihre gesamte Habe, mit der sie, am Bestimmungsorte angekommen, sich ihr Heim ausstatten können; denn die Regierung liefert ihnen gar nichts, weder Geld, noch Werkzeuge, noch Nahrung, noch Unterkunft. Darum muß sich der Ankommende zuerst eine Hütte bauen, wenn er nicht in der grimmigen Winterkälte umkommen will. Im Dorfbezirk darf übrigens der Verbannte frei umhergehen; bald bekommt er sogar einen Paß, der es ihm möglich macht, auf Jagd- und Fischfang auszuziehen. Allein die Flucht ist, da die wenigen Verkehrswege scharf überwacht werden, immer ein äußerst schwieriges Unternehmen, das nur die Mutigsten wagen. Gehri hatte den Plan gefaßt, auf diesem Ueberlandmarsch zu entweichen. Er hatte zwei andere in seinen Plan eingeweiht; alle Verbannten wußten drum, doch ist das Solidaritätsgefühl bei den politischen Verbrechern so stark, daß dieses Zutrauen in den seltensten Fällen betrogen wird. Im Gegenteil, Gehris Leidensgenossen faßte an einem guten Tag am genügend Lebensmittel für die Flüchtlinge auf die Seite zu schaffen. Man machte gewöhnlich in den kleinen Ansiedlungen Rast, wo der Waldrand bis auf 50 Schritte an die Hütten reicht. Darauf baute Gehri seinen Plan. Als die Soldaten eines Abends mit den Dorfbewohnern verhandelten, benutzten Gehri und seine zwei Genossen die Gelegenheit, in mächtigen Sätzen dem Walde zuzueilen. Wohl war die Flucht sofort bemerkt worden, wohl wurden ihnen ein paar Flintenschüsse nachgesandt, allein das Waldesdunkel hatte die drei bereits aufgenommen. Es schützte sie gut, daß sie sich selbst nur mit Mühe am folgenden Morgen zusammenfanden. Diese erste Nacht wirkte derart deprimierend auf einen der Flüchtlinge, daß er es vorzog, zur Kolonie zurückzuschleichen, anstatt den Weg zur Freiheit weiter zu verfolgen. Für Gehri und seinen Gefährten — eigentlich muß man sagen Gefährtin, denn es war eine russische Lehrerin — handelte es sich jetzt darum, einen Flußlauf aufzufinden. Alle Flüsse dieser Region führen zum Jenissei und damit zum Knotenpunkt, der Stadt Krasnojarsk. Tatsächlich brachte ein mehrtündiger Marsch die beiden an die Tschuna; schnell bauten sie ein Floß und begannen eine abenteuerliche Fahrt flußabwärts in die Angora, wo sie Aufnahme auf dem Flachboote eines tatarischen Kaufmannes fanden. Der Tatar schmuggelte sie sogar in die Stadt Jenisseisk ein, von wo aus die Flüchtlinge Krasnojarsk erreichen wollten.

Gehri hatte sich Geld auf eine originelle Weise durchgeschmuggelt: in seinen Absätzen, die auch den unumgänglich notwendigen falschen Paß bargen. Uebrigens giebt es Paßfabriken genug in Sibirien; man erhält hier eine ganze Anzahl von wohlgestempelten Pässen zur Auswahl. Man tut gut, diesen Paß so oft wie möglich zu wechseln, was dank der „Paßinstitute" keine besonderen Schwierigkeiten bietet. Als Tatar verkleidet, kam Gehri glücklich an Bord des Dampfers, hatte es aber schlimm getroffen, da gerade der Polizeichef von Jenisseisk eine Inspektionsreise ausführte. Da er Geheimpolizisten mit sich hatte, war es Gehri nicht besonders behaglich zu Mute. In Krasnojarsk bestieg Gehri den transsibirischen Zug nach Wladiwostok, wo er unter häufigem Namens-, Berufs- und Kleiderwechsel wohlbehalten anlangte. Hier war es aber unmöglich, sich einen Reisepaß ins Ausland zu verschaffen. Erst nach zwölf Tagen fand Gehri einen Kaufmann, der ihm den seinigen abtrat. So konnte der Schweizer endlich dem ungastlichen russischen Boden Valet sagen. Ueber Japan und Indien kehrte er direkt nach Marseille und in seine Heimate zurück, wo er gerade recht eintraf, um mit den Seinigen das Weihnachtsfest zu feiern.

Eingesandt.

Regina, Sask., 1. Juni 1908. — Werte Redaktion! Bitte folgende Zeilen in Ihre werte Zeitung aufzunehmen. In der Germania vom 28. Mai auf Seite 7, Regina-Beilage, greift der Korrespondent der Germania aus Regina einen gewissen Korrespondenten von Regina an und bezeichnet ihn wegen seiner Angriffe gegen J. K. McInnis als dumm und töricht. Wenn der Germania-Korrespondent sich für vernünftiger hält als den Angreifer von McInnis, so müßte er wohl wissen, daß nicht jeder Brotherr des Lobens wert ist, sondern verdient oft den größten Tadel. Auch wirft er ihm vor, daß er nichts zu beißen hatte, bevor er zu J. K. McInnis in Stellung ging; nun, hätte er nicht für McInnis gearbeitet, so hätte er eben für sonst jemand gearbeitet, denn nachdem ihm McInnis entlassen hatte, hat doch der Mann auch gelebt und ist nicht verhungert, oder hat ihn etwa der G.-Korrespondent vom Hungertode gerettet, ich glaube es nicht, denn er hat selbst wenig übrig oder nagt vielmehr schon am Hungertuche, denn derartige Känze sind gewöhnlich die schlimmsten. Auch zieht er einen Vergleich zwischen Herrn Martin und McInnis und sieht keinen Unterschied zwischen Beiden, besser gesagt, will keinen Unterschied sehen, indem er ihn als Logenbruder bezeichnet und sagt, daß die Männer nichts damit zu tun hätten, sondern die Wähler hätten für die Parteien zu stimmen. Sich selbst und das andere Sprichwort, wie der Schelm ist, so denkt er von anderen, vergessend, schreibt er von Schwindel, Betrug und Verschwendung der liberalen Regierung; leider haben sie bis jetzt noch nichts nachgewiesen, sondern machen ein leeres Geschrei, um das Volk gegen die Regierung aufzureizen und meint dann, wollen wir das jetzige korrupte Regierungs-System beibehalten, so müssen wir liberal stimmen, oder wollen wir es mit neuen Männern versuchen und der Borden'schen Plattform zum Sieg verhelfen. Was ist eigentlich die Bordensche Plattform? Ein alles und ein nichts, denn sie bezeichnet viel und nichts bestimmtes, und wer sind die neuen Männer, mit denen es der Korrespondent versuchen will? Doch jedenfalls Foster, Fowler, Bergeron u. Gen. Dieselbe konservative Gesellschaft, welche der C. P. R.-Gesellschaft 25 Millionen Acker Land geschenkt hat